

Beschlüsse der 37. Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Thüringen e.V. am 21. September 2013

Beschluss 1: Wahlprüfsteine für die Landtagswahl 2014

Antragstellerin:

Vorstand des Landesfrauenrates Thüringen e.V.

Beschlussgremium:

37. Delegiertenversammlung

Datum der Sitzung:

21.09.2013

Empfehlung des Vorstandes:

Beschluss:

Der Landesfrauenrat Thüringen e.V. erarbeitet Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2014. Dazu wird eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung möglichst vieler Mitgliedsverbände gebildet. Die Wahlprüfsteine werden den Mitgliedsverbänden rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Diese können die Wahlprüfsteine für eigene Veranstaltungen mit Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl und zur Analyse der Wahlprogramme nutzen. Darüber hinaus sollen die Wahlprüfsteine zur Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden und in Presse und auf der Homepage des Landesfrauenrats veröffentlicht werden.

Beschluss 2: Jahresthema Frauen-Medien-Rollenbilder weiterführen

Antragstellerin:

Vorstand des Landesfrauenrates Thüringen e.V.

Beschlussgremium:

37. Delegiertenversammlung

Datum der Sitzung:

21.09.2013

Empfehlung des Vorstandes:

Beschluss:

Der Landesfrauenrat Thüringen e.V. beschließt, das Thema Frauen-Medien-Rollenbilder auch im Jahr 2014 weiter zu bearbeiten.

Besonderes Augenmerk soll dabei auf die Schwerpunkte:

- Rollenbilder in der Werbung/ sexistische Werbung
- Besetzung von Medienaufsichtsgremien (aktuell bspw. Die Besetzung des MDR Rundfunkrat gemeinsam mit den Landesfrauenräten in Sachsen und Sachsen-Anhalt)

- Berichterstattung über Frauen und Männer
- Aktive Begleitung der Novellierung des Landesmediengesetzes (ThürLMG)

Beschluss 3: Ein Parité-Gesetz für Thüringen

Antragstellerin:

Vorstand des Landesfrauenrates Thüringen e.V.

Beschlussgremium:

37. Delegiertenversammlung

Datum der Sitzung:

21.09.2013

Empfehlung des Vorstandes:

Beschluss:

Der Landesfrauenrat Thüringen spricht sich grundsätzlich für ein Parité-Gesetz nach französischem Vorbild (Eingeführt 2006) aus. Der Landesfrauenrat Thüringen e.V. regt dazu eine Debatte mit allen demokratischen Parteien und Vereinigungen an, mit dem Ziel, eine breite parlamentarische Basis für die Einführung eines Parité-Gesetzes zu schaffen.

Beschluss 4: Menschenwürdig leben im Alter- Sofortmaßnahmen gegen Altersarmut ergreifen

Antragstellerin:

Vorstand des Landesfrauenrates Thüringen e.V.

Beschlussgremium:

37. Delegiertenversammlung

Datum der Sitzung:

21.09.2013

Empfehlung des Vorstandes:

Beschluss:

Der Landesfrauenrat Thüringen e.V. beschließt, sich in den nächsten 2 Jahren verstärkt mit dem Thema Frauen und Altersarmut, insbesondere dem menschenwürdigen Leben und der gesellschaftlichen Teilhabe, auseinander zu setzen. Weiterhin sollen Vorschläge für Maßnahmen zur Beseitigung von bereits bestehender Altersarmut erarbeitet werden. Dazu wird eine Arbeitsgruppe Frauen und Altersarmut eingerichtet.

Desweiteren setzt sich der Landesfrauenrat Thüringen e.V. bei der Thüringer Landesregierung für eine Umsetzung von möglichen Sofortmaßnahmen zur schrittweisen Beseitigung bereits bestehender Altersarmut und für Präventionsmaßnahmen gegen steigende Altersarmut ein.

Beschluss 5: Kampagne „Deine Stimme gegen Nazis!“ unterstützen

Antragstellerin:

Vorstand des Landesfrauenrat Thüringen e.V.

Beschlussgremium:

37. Delegiertenversammlung

Datum der Sitzung:

21.09.2013

Empfehlung des Vorstandes:

Beschluss:

Der Landesfrauenrat Thüringen e.V. beteiligt sich als Kooperationspartnerin an der Kampagne: „Deine Stimme gegen Nazis!“

Beschluss 6: Einführung von flächendeckender anonymer Beweis- bzw. Spurensicherung nach Vergewaltigung

Antragstellerin:

Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten

Beschlussgremium:

37. Delegiertenversammlung

Datum der Sitzung:

21.09.2013

Empfehlung des Vorstandes:

Beschluss:

Der Landesfrauenrat Thüringen e.V. fordert einen wirkungsvollen Opferschutz für vergewaltigte Frauen und Mädchen durch die Einführung von anonymer Beweis- bzw. Spurensicherung flächendeckend in Thüringen.

Der Landesfrauenrat Thüringen setzt sich dafür ein, das Thema entsprechend zu diskutieren und gemeinsam mit Polizei, Ärztinnen/Ärzten und Politikerinnen/Politikern einen Vorschlag zur flächendeckenden anonymen Beweis- und Spurensicherung in Thüringen nach einer Vergewaltigung zu entwickeln.